

VERFOLGUNG ANTISEMITISCHER STRAFTATEN DURCH DIE POLIZEI BERLIN

Was ist Antisemitismus?

Seit 2018 orientiert sich die Polizei Berlin an der erweiterten Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA):

»**Antisemitische Taten sind Straftaten**, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).«

»Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.«

»**Straftaten sind antisemitisch**, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht werden.«

»**Antisemitische Diskriminierung** besteht darin, dass Jüdinnen und Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen.«

Antisemitismus hat verschiedene Erscheinungsformen



Antisemitisches Othring
Im antisemitischen Othring (engl. „andersartig“) werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Personen oder Institutionen als „Jude“ oder „jüdisch“ beschimpft werden.



Antijüdischer Antisemitismus
Religiös begründete Stereotype sind Teil des antijüdischen Antisemitismus, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen und Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich oder wenn sie als Feinde des Islams dargestellt werden.



Moderner Antisemitismus
Wird Jüdinnen und Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmäthen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als moderner Antisemitismus bezeichnet.



Israelbezogener Antisemitismus
Der israelbezogene Antisemitismus richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.



Post-Schoah-Antisemitismus
Der Post-Schoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an jüdische Opfer abgelehnt oder angegriffen wird.

Für die Verfolgung antisemitischer Straftaten ist das frühzeitige Erkennen des Tatmotivs entscheidend!

Antisemitismus ist als menschenverachtender Beweggrund gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB bei der späteren Strafzumessung strafschärfend zu berücksichtigen. Daher ist es wichtig, dass sich die Ermittlungen von Beginn an auch auf das Motiv erstrecken.

Durch die schnelle Weiterleitung an fachkundige und speziell sensibilisierte Mitarbeiter_innen der zuständigen Fachstelle werden Betroffene antisemitischer Straftaten bestmöglich betreut.

Liegen Anhaltspunkte für ein antisemitisches Tatmotiv vor, leitet sich hieraus die spezielle Fallbearbeitung durch die zuständige Fachdienststelle im Polizeilichen Staatsschutz beim LKA 535 ab. Entsprechende Verdachtsfälle sind daher frühestmöglich dem Polizeilichen Staatsschutz zur Kenntnis zu geben.

Wichtige Kriterien und Leitfragen, um ein antisemitisches Motiv zu erkennen:

Betroffenenperspektive

• Im Rahmen der Anzeigenaufnahme ist die Betroffenenperspektive zwingend in die Bewertung des Sachverhalts miteinzubeziehen. So sind Betroffene stets zu ihrer persönlichen Einschätzung in Bezug auf eine mögliche Tatmotivation und zu den Anknüpfungstaten zu befragen

• Lässt das ggf. zu dokumentierende äußere Erscheinungsbild der oder des Tatverdächtigen (z.B. Tattoos & Kleidungsstücke mit politischer oder religiöser Symbolik) entsprechende Rückschlüsse zu?

Kontext der Tat

• Fanden im Nahbereich des Tatorts möglicherweise relevante Veranstaltungen/Versammlungen (z.B. verschwörungsideologische Demonstration, Versammlung mit Bezug zum Nahostkonflikt, Israel-Tag, rechtsextremer Gedenkmarsch, politisch/religiöses Fest) statt?

Wahrnehmungen von Zeug_innen oder sachkundigen Dritten:

• Gibt es weitere Angaben von Zeug_innen oder sachkundigen Dritten, wie z.B. zivilgesellschaftliche und der jüdischen Gemeinschaft nahe Melde- und Beratungsstellen?

Erkenntnisse zum/zur mutmaßlichen Täter_in

• Ist der oder die Tatverdächtige in der Vergangenheit bereits durch antisemitische, israelfeindliche, verschwörungsideologische, rechtsextreme, islamistische und/oder links-antiimperialistische Straftaten in Erscheinung getreten?

• Wurde der oder die Betroffene als jüdisch wahrgenommen?

• Wurde die Tat von mündlichen und/oder schriftlichen Äußerungen, die auf ein antisemitisches Motiv hindeuten können, begleitet? Wenn ja, sind diese möglichst vollständig zu protokollieren.

• Lassen eine mündliche oder schriftliche Selbstbeschreibung bzw. Selbstbezeichnung und/oder Social-Media-Profile des oder der Tatverdächtigen Rückschlüsse auf ein antisemitisches Motiv zu?

Meldung antisemitischer Straftaten

Polizeiintern hat eine Meldung antisemitischer Straftaten grundsätzlich durch die Anzeigenaufnehmenden frühestmöglich an den Dauerdienst des Polizeilichen Staatsschutzes - LKA KoSt ST 5 Dauerdienst - zu erfolgen.

Der Dauerdienst ist telefonisch 24 Std./7 Tage die Woche erreichbar. Telefonische Erreichbarkeit: siehe Hinweisblatt im Intranet zur Anzeigenaufnahme bei antisemitischen Straftaten.

Der Dauerdienst entscheidet über die Übernahme der Bearbeitung durch den Polizeilichen Staatsschutz.

Parallel dazu sind alle antisemitischen Vorfälle (auch solche ohne eine explizite strafrechtliche Relevanz) grundsätzlich durch die Anzeigenaufnehmenden per E-Mail an den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin (Antisemitismusbeauftragter@polizei.berlin.de) zu melden

Weitere wichtige Hinweise finden Sie im Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin im Intranet.

Beratung und Kontaktmöglichkeiten

Antisemitismusbeauftragter der Polizei Berlin
Kriminaldirektor Winfried Wenzel
Telefon: (030) 4664 979 002
E-Mail: Antisemitismusbeauftragter@polizei.berlin.de

Antisemitismusbeauftragter der Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Oberstaatsanwalt Dr. Florian Hengst
Telefon: (030) 9015 0
E-Mail: Antisemitismusbeauftragter@gsta.berlin.de

Beauftragter gegen Antisemitismus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Sigmund A. Königsberg
Telefon: (030) 88 028 210
E-Mail: dialog@jg-berlin.org

RIAS Berlin
Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin - in Trägerschaft des VDK e.V. - erfasst strafbare und nicht strafbare antisemitische Vorfälle und vermittelt Unterstützungsangebote an die Betroffenen.
Telefon: (030) 817 985 821
E-Mail: info@report-antisemitism.de

MBR
Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin - in Trägerschaft des VDK e.V. - berät Einzelpersonen und Institutionen bei konkreten antisemitischen, rechtsextremen, rechtspopulistischen, rassistischen und verschwörungsideologischen Vorfällen.
Telefon: (030) 817 98 58 10
E-Mail: info@mbr-berlin.de

OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
OFEK e.V. berät, begleitet und unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug_innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten.
Telefon: (030) 610 80 458 oder 0176 458 755 32
E-Mail: berlin@ofek-beratung.de

regishut

Dieses Plakat wurde erstellt durch Regishut - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei.

Regishut ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und bietet Fortbildungen und Qualifizierungen im Bereich Antisemitismus für die Polizei Berlin an.

Weitere Informationen unter: www.regishut.de
Telefon: (030) 817 985 825
E-Mail: info@regishut.de



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



Gefördert durch



Sensibilisierung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

im Rahmen von



Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Impressum

V.i.S.d.P.: Bianca Klöse
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Herausgeberin: VDK e.V. / Regishut
Redaktion: Regishut
Gestaltung: Ingo Morgenroth
Illustrationen: Nils Oskamp